

TUNESIEN NACH DER PARLAMENTSWAHL 2014

DIE MEHRHEIT BLIEB DER ABSTIMMUNG FERN

Peter Schäfer

Am 26. Oktober wählte Tunesien ein neues Parlament¹. Dieser zweite Urnengang seit den Protesten von 2010/2011, die zur Flucht des damaligen Diktators Ben Ali führten, verlief friedlich und war, nach Angaben der lokalen und internationalen Wahlbeobachtung, sehr gut organisiert. Die Freude über die augenscheinliche Wahlbeteiligung von 60 Prozent ist hoch.

«Wir wählen das Tunesien, das wir lieben.» So rief die Unabhängige Wahlkommission (ISIE) die Bevölkerung zur Registrierung für die Parlamentswahl und zur Stimmabgabe auf. 1.326 Listen mit insgesamt etwa 13.000 KandidatInnen bewarben sich um die 217 Mandate. Dabei konnte die konservativ-säkulare Partei Nida Tunis (Aufruf für Tunis) die Mehrzahl der Stimmen auf sich vereinigen, gefolgt von der ehemaligen konservativ-islamischen Regierungspartei, En-Nahda (Renaissance). Viele TunesierInnen feierten dieses Ergebnis als «Abwahl» der Nahda und als Sieg der Säkularen.

Abgewählt wurden tatsächlich einige. So gehören beispielsweise 179 der 2011 gewählten Abgeordneten dem neuen Parlament nicht mehr an. Damit verfügen lediglich 38 MandatsträgerInnen über relevante Erfahrung, 28 davon gehören der En-Nahda an. Die Abstimmung birgt jedoch noch andere Überraschungen. Die folgende Tabelle stellt das vorläufige² Ergebnis der Wahl dar, das seit dem 30. Oktober vorliegt.

Partei	Stimmenanteil 2014	Mandate 2014	Mandate 2011
Nida Tunis	39 Prozent	85	-
En-Nahda	31 Prozent	69	89
Freie Patriotische Union (UPL)	7 Prozent	16	1
Volksfront (Jabha ash-Sha'biya)	6,9 Prozent	15	-
Afek Tunis	3,6 Prozent	8	4
Konferenz für die Republik (CPR)	1,8 Prozent	4	29
Volksbewegung	1,3 Prozent	3	2
Die Initiative (Mubadara)	1,3 Prozent	3	5
Demokratische Strömung	1,3 Prozent	3	-
Weg der Liebe	0,9 Prozent	2	-
Republikanische Partei (Jumhuri)	0,46 Prozent	1	16
Demokratische Allianz	0,46 Prozent	1	-
Nationale Heilsfront	0,46 Prozent	1	-
Bewegung der Sozialistischen Demokraten		1	2
Stimme der LandwirtInnen		1	-
Stimme der AuslandstunesierInnen		1	-
Majd al-Jarid		1	-

¹ Bisher, seit 2011, genannt: Verfassungsgebende Versammlung.

² Von 31. Oktober bis 2. November konnten Beschwerden gegen das Wahlergebnis eingereicht werden. Die Gerichte haben seither 3 Wochen Zeit, diese zu prüfen. Die Veröffentlichung des endgültigen Wahlergebnisses ist für die letzte Novemberwoche 2014. Quelle aller Angaben zur Wahl ist die Webseite der Unabhängigen Wahlkommission (ISIE): <http://isie.tn/index.php/ar/>.

Radd al-Ettibar		1	-
Ettakatol		1	20
Gesamt		217	

Nida Tunis und die Volksfront³ nahmen an den Wahlen vom 23. Oktober 2011 nicht teil und können die Ergebnisse als Erfolg verbuchen. Bemerkenswerter ist jedoch noch das Abschneiden der beiden säkularen Parteien, die von 2011 bis Anfang 2014 die Regierung bildeten. Die Partei CPR des derzeitigen Präsidenten, des Menschenrechtlers Moncef Marzouki, stürzte von 29 auf nur vier Parlamentsmandate ab. Die Partei Ettakatol, die den Parlamentspräsidenten stellte, erreichte gar nur noch einen Sitz (2011: 20) und verschwindet somit von der politischen Bildfläche.

68 der Abgeordneten des neuen Parlaments sind weiblich (2011: 58), davon gehören 32 Nida Tunis und 29 En-Nahda an.

DIE WICHTIGSTEN PARTEIEN

Nida Tunis

Die Partei wurde formell am 20. April 2012 gegründet, existierte beim ersten freien Urnengang 2011 also noch nicht. Ihr Chef, Beji Caïd Essebsi, sah «Vorfälle von verstörenden Extremismus und Gewalt, die öffentliche und individuelle Freiheiten und die Sicherheit der Bürger gefährden» als Grundlage für seine neue Partei. Sie vereinigt ein breites Spektrum politischer Kräfte, von GewerkschafterInnen und Linken bis hin zu Wirtschaftsliberalen und Funktionären der Partei des ehemaligen Diktators Ben Ali. Angesichts dieser Diversität ist außer einer wirtschaftsliberalen Ausrichtung wenig über das politische Profil dieser Partei zu sagen. Sie bildet damit in der tunesischen Parteienlandschaft allerdings keine Ausnahme. Sie beteiligte sich an der Stimmungsmache gegen die Nahda-Partei und vermochte diese für inneren Zusammenhalt zu nutzen sowie sich als starke Alternative zur En-Nahda darzustellen. Essebsi (87) diente, wie weitere Nida-Führungsmitglieder auch, bereits unter den ersten beiden Staatspräsidenten, Habib Bourgiba und Zine el-Abidine Ben Ali. Er war nach Ben Alis Abgang 2011 Interims-Ministerpräsident. Es bestehen berechtigte Zweifel an der Stabilität der Sammlungsbewegung Nida Tunis.

En-Nahda

Die Partei wurde bereits in den 1980er Jahren als Bewegung der Islamischen Tendenz gegründet und agierte bis Anfang 2011 in einem Rahmen aus repressiver Duldung, Untergrund, Gefängnis und Exil.⁴ Rached al-Ghannouchi (73), der keinen Anspruch auf ein Parlamentsmandat oder eine Regierungsfunktion erhebt, ist Chef der Partei. Sie erhielt in den Wahlen 2011 die relative Mehrheit und bildete mit Hilfe zweier kleiner, säkularer Parteien (CPR und Ettakatol) die Regierung. Der Verfassungsgebende Prozess war innerhalb von etwa zwei Jahren abgeschlossen, lähmte jedoch die tunesische Politik. Obwohl von der säkularen Opposition und den Medien die Frage «islamischer» versus «säkularer» Staat in der gesellschaftlichen Debatte in den Vordergrund gestellt wurde, war es der Streit um die Gewichtung von Parlament und Präsidentenamt, die innerhalb der Verfassungsgebenden Versammlung für langanhaltende Uneinigkeit sorgten.⁵ Nach Verabschiedung der neuen Verfassung im Februar 2014 gab En-Nahda die Macht ab. Seither regierte eine sogenannte Technokraten-Regierung.

Freie Patriotische Union (UPL)

Die Partei wurde am 19. Mai 2011 von Slim Riahi (42) gegründet, der in Tunesien vor allem als Besitzer des Fußballvereins Club Africain bekannt ist. Riahi machte ein Milliarden-Vermögen in der libyschen Öl-Industrie und kehrte 2011 nach Tunesien zurück. Programmatisch setzt die Partei auf freie Marktwirtschaft und Anti-Islamismus. Das Abschneiden der Partei in den jetzigen Wahlen ist ein Überraschungserfolg. Es heißt, dass Riahi diejenigen konservativ-säkularen WählerInnen auf sich vereinigte, die ihre Stimme aus Ablehnung des ehemaligen Regimes nicht Nida Tunis geben wollten.

³ Die Volksfront wurde erst nach den Parlamentswahlen von 2011 gegründet. Heutige Mitgliedsparteien erhielten 2011 insgesamt sechs Mandate.

⁴ Zur Geschichte von En-Nahda, siehe Hamdi, Mohammed Elihachmi: The Politicisation of Islam. Essays on Democratic Governance, Boulder/Colorado 1998.

⁵ Siehe Marks, Monica L.: Convince, Coerce, or Compromise. Ennahda's approach to Tunisia's constitution, Brookings Doha Center, February 2014, p. 20-28.

Volksfront

Die Front ist ein Bündnis aus neun Parteien sowie unabhängigen Gruppen und Einzelpersonen und vereinigt ein Spektrum traditionsreicher tunesischer Parteien links von der Sozialdemokratie. Sie wurde am 7. Oktober 2012 gegründet und zunächst von Chokri Belaid angeführt. Der Mord an Belaid am 6. Februar 2013 und ein zweiter an einem weiteren linken Parteiführer, Mohammad Brahmi, am 25. Juli 2013 waren schwere Schläge für die Volksfront. Hunderttausende protestierten damals gegen den Terrorismus.

Seit dem Tode Belaid steht Hamma al-Hammami (62) als «offizieller Sprecher» der Volksfront vor. Er kandidiert für die Präsidentschaftswahlen am 23. November.

Die Front fokussiert sich programmatisch auf eine alternative Wirtschaftsweise, eine progressivere Steuerpolitik und die Bekämpfung der Steuerflucht. Sie fordert zudem die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung.

Afek Tunis (Perspektive für Tunesien)

Die Partei wurde am 28. März 2011 gegründet. Yassine Brahim (48) steht ihr vor. Die Partei ging in 2012 in einem Parteibündnis auf, wurde 2013 jedoch wieder neu gegründet. Programmatisch ähnelt sie der UPL.

DER WAHLKAMPF

Die Wahlkampfzeit begann erst am 6. Oktober. Die Parteien hatten also weniger als drei Wochen Zeit, auf Stimmenfang zu gehen. Diese Wochen waren bestimmt von Parteiversammlungen, Straßenwahlkampf, Postwurfsendungen, beflaggten Autokorsos sowie Radio- und Fernsehdebatten. Wahlkampfthemen waren die Wirtschaftsrezession, Sicherheit und Anti-Terrorkampf. In Bezug auf letzteres wurden die Wahlen überschattet von einer Razzia gegen ein Haus in einem Vorort von Tunis am 24. Oktober. In dem Haus sollten sich zwei bewaffnete Männer befinden. Die Razzia endete mit der Tötung eines Mannes und fünf Frauen. Zwei Kinder wurden teils schwer verletzt. Das Vorgehen der Polizei wurde insgesamt positiv gesehen. In den Medien wurde die Bezeichnung der Frauen als «Terroristinnen» schnell übernommen.

Ein wichtiger haushaltsrelevanter Punkt ist der internationale Schuldendienst Tunesiens, der allerdings programmatisch bisher nur von der Volksfront aufgegriffen wird. Im Vergleich zu 2010 wurde bis 2014 die internationale Verschuldung um 72 Prozent erhöht. 17 Prozent des Haushalts von 2014 waren für den Schuldendienst eingestellt. Zum Vergleich: 13 Prozent des Haushalts waren für Ausgaben im Bildungsbereich vorgesehen, 5,4 Prozent für die Gesundheitsversorgung, 2,8 Prozent für den sozialen Bereich und 1,5 Prozent für regionale Entwicklung.⁶ Bei Beibehaltung des Schuldendienstes werden jeder künftigen Regierung in Bezug auf eine verbesserte Sozialpolitik die Hände gebunden sein. Die Volksfront selbst tritt für die Aussetzung des Schuldendienstes ein. Diejenigen Staaten, die Schuldner Tunesiens sind, aber die Unabhängigkeit und die Demokratiebewegung in Tunesien tatsächlich unterstützen wollen, sollten für einen schnellen Schuldenschnitt eintreten.

Religion bzw. anti-islamistische Rhetorik spielte in der Hochphase des Wahlkampfs nicht mehr die Rolle, die sie im Vorjahr spielte. Am Ende nutzte sogar die säkulare Nida Tunis ein Koranzitat zur populistischen Untermauerung ihres Programms.

MÖGLICHE KOALITIONEN

Die parlamentarische Mehrheit ist mit 108 (von 217) Sitzen erreicht. Rechnerisch ist nun vieles möglich. Die für Nida Tunis wahrscheinlichsten Optionen für die künftige Regierungskoalition sind jedoch folgende:

Nida Tunis – UPL – Afeq Tunis – mit kleineren Parteien und Unabhängigen (über 109)

Eine Koalition mit der UPL und Afeq Tunis brächte der Nida Tunis-Regierung zwar eine sehr knappe Mehrheit. Angesichts der Heterogenität von Nida Tunis wäre es jedoch richtig, mit künftigen Parteiaustritten oder zumindest mit parlamentarischen Abstimmungen jenseits von Fraktionsdisziplin zu rechnen. Eine Koalition mit kleineren Parteien und Unabhängigen würde diese Rechnung zwar etwas verbessern, die

⁶ Die Zahlen entstammen der von der RLS unterstützten Broschüre „Haushalt 2014. Made in: Internationaler Währungsfond“ (arabisch) vom Januar 2014. Der Autor, Fathi Chamkhi von RAID-attac, ist heute einer der 15 Abgeordneten der Volksfront.

Regierung jedoch nicht stabilisieren. Nida Tunis gäbe sich darüber hinaus in die Hände von Kleinstparteien, die bei Abstimmungen ihre Funktion als Zünglein an der Waage nutzen könnten.

Nida Tunis – UPL – Volksfront (116 Sitze)

Vor allem in Bezug auf die Stabilität gelten ähnliche Annahmen wie die der obigen Option, vor allem falls noch weitere kleine Parteien in die Koalition aufgenommen werden. Zudem wäre angesichts der wirtschaftspolitischen Unterschiede zwischen der linken Volksfront und den Liberalen ein frühes Auseinanderbrechen der Koalition sehr wahrscheinlich.

Nida Tunis – En-Nahda (154 Sitze)

Rechnerisch ist dies die stabilste Regierungsoption. Sie wird angesichts der Angriffe von Nida Tunis gegen die Nahda vor den Wahlen zwar für unwahrscheinlich gehalten. Es gab jedoch bereits seit einem Jahr Gespräche zwischen beiden, spätestens als sich abzeichnete, dass sie aus den Wahlen als die mit Abstand stärksten Parteien hervorgehen würden. En-Nahda hat ihren Willen zur Zusammenarbeit mit Nida Tunis bzw. mit allen Parteien stets bekundet. In punkto Wirtschaftspolitik sind sich beide Parteien nah, auch wenn beide mit interner Kritik an einer zu starken Abhängigkeit von Auslandsverschuldung umgehen müssen. Vor allem Nida Tunis müsste außerdem große Überzeugungsarbeit unter der Mitgliedschaft für eine Koalition mit En-Nahda leisten.

WAHLBETEILIGUNG

Eine der ersten Nachrichten über die Abstimmung war eine positive: «60 Prozent Wahlbeteiligung» spiegelten die hohe Zustimmung der tunesischen Bevölkerung mit dem demokratischen Prozess wider. Diese ist tatsächlich viel geringer.

Von den etwa 7,8 Millionen⁷ Wahlberechtigten ließen sich 5.101.633, also etwa 65 Prozent, als WählerInnen registrieren. Am Urnengang vom 26. Oktober 2014 beteiligten sich 3.066.979 Bürgerinnen und Bürger. Das sind zwar knapp über 60 Prozent der registrierten WählerInnen, allerdings nur knapp 40 Prozent der wahlberechtigten BürgerInnen. Es ist darüber hinaus ein starker Rückgang der Wahlbeteiligung im Vergleich mit der ersten freien Abstimmung des Landes vom Jahr 2011. Damals beteiligten sich noch 4,3 Millionen BürgerInnen.

Die Enttäuschung von den Parteien und dem langsamen politischen Prozess der vergangenen Jahre zeichnete sich bereits seit längerem ab. Einige Abgeordnete boykottierten das Parlament aus Protest gegen die Politik von anderen und lähmten das Organ damit zeitweise nachhaltig. Politische Zugehörigkeiten der Abgeordneten waren teilweise nicht mehr zuzuordnen, auf Grund der hohen Anzahl von Parteiaus- und -übertritten. Darüber hinaus ging es in vielen Debatten gar nicht um politische Inhalte, sondern eher um persönliche Profilierung oder Animositäten. In dieser Situation konnte nach über zwei Jahren, im Februar 2014, zwar eine neue Verfassung verabschiedet, aber ansonsten nur wenige politische Initiativen auf den Weg gebracht werden. Für den Großteil der Bevölkerung, die auf die schnelle Besserung ihrer sozio-ökonomischen Lage warten, war das viel zu wenig. Vor allem die Jugend scheint sich fast gar nicht an der Wahl beteiligt zu haben. Zwar liegen (noch) keine Zahlen zum Abstimmungsverhalten der verschiedenen Altersgruppen vor. WahlbeobachterInnen berichteten jedoch vom hohen Altersdurchschnitt in den Wahlbüros.

⁷ Dies ist eine Schätzung der Unabhängigen Wahlkommission (ISIE), die sie in einem facebook-Kommentar erwähnt:

https://www.facebook.com/isietn/photos/a.388742644536880.87948.141662475911566/674430192634789/?type=1&comment_id=674440305967111&offset=0&total_comments=6. Offizielle Angaben liegen nicht vor.

GEOGRAFISCHE UNTERSCHIEDE

Das geografische Abstimmungsverhalten spiegelt darüber hinaus sozio-ökonomische Gegebenheiten wider. So hat Nida Tunis im sehr gut entwickelten Norden des Landes alle Wahlkreise gewinnen können. En-Nahda hat jedoch in den marginalisierten Bezirken des Südens die Mehrheit erhalten. In Tataouine, dem südlichsten Wahlkreis, ist der Unterschied mit 65,41 Prozent für En-Nahda und nur 7,68 Prozent für Nida Tunis am stärksten.

Eine Priorität der künftigen Regierung muss die Angleichung von Infrastruktur, Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten darstellen, will sie diese durch die Wahlen verdeutlichten Disparitäten verringern. Im Süden und im Zentrum des Landes sind die Menschen seit Jahrzehnten benachteiligt worden hinsichtlich wirtschaftlicher Entwicklung, Gesundheitsversorgung und Bildungsmöglichkeiten. Und offenbar fühlen sie sich von den (theoretischen) Plänen der wirtschaftsfreundlichen, die gesellschaftlichen Eliten vertretenden tunesischen Parteien bisher nicht angesprochen.

Ausgehend vom eingangs zitierten Werbezeitat der Unabhängigen Wahlkommission (ISIE) lässt sich angesichts der niedrigen Wahlbeteiligung zumindest sagen, dass die gegenwärtigen Parteien noch nicht das Tunesien repräsentieren, das der Großteil der Bevölkerung gerne lieben würde.

Tunis, Oktober 2014

Peter Schäfer leitet das Nordafrika-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung.